

Aktuell

Soziale Gerechtigkeit Teil 2 – Wie man Ungleichheit exportiert

Ich hatte im 1. Teil dieses Beitrages behauptet, dass die seit gut 30 Jahren weltweit dominierende, marktradikale Wirtschaftsdoktrin sich in allem geirrt hat: Ihre Annahme, durch Abgabenerlastung von Unternehmen und Vermögen sowie eine Deregulierung von Märkten könnten die Investitionen und das Wirtschaftswachstum gesteigert sowie Arbeitslosigkeit und Staatsausgaben gesenkt werden, hat sich in keiner westlichen Industrienation erfüllt. Im Gegenteil: Nicht nur in Österreich sinkt die Investitionsquote kontinuierlich, wird das Wirtschaftswachstum immer bescheidener, steigt die Arbeitslosigkeit, stagnieren die Realeinkommen bis in die mittleren Einkommen hinein und ist die Binnennachfrage so schwach wie nie. Nicht prognostiziert, aber eingetroffen, ist eine Umverteilung von Vermögen und Einkommen von unten nach oben in allen westlichen Industriestaaten. In Österreich manifestiert sich diese Umverteilung u.a. in einem Zuwachs der Erträge aus Vermögen und Betriebsgewinnen von 62,5 % zwischen 2001 und 2011, während die Löhne und Gehälter lediglich um 34,4 % stiegen.¹ Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist seit Mitte der neunziger Jahre um gut 8 Prozentpunkte zugunsten der Vermögens- und Gewinneinkommen gesunken (auf 67,3 % in 2011), gleichzeitig verschiebt sich die Abgabenlast immer weiter auf die Seite der Lohneinkommen.²

Es ist selbstredend, dass eine Marktwirtschaft, die von ihrer inneren Logik her auf Wachstum angewiesen ist und dieses auch zum Funktionieren ihrer Sozialsysteme braucht, jenseits aller Moral rein ökonomisch damit ein Problem bekommt. Man braucht kein wirtschaftswissenschaftliches Studium, um es zu beschreiben: Je geringer ein Einkommen, desto mehr fließt es eins zu eins in den Konsum. Bei höheren Einkommen und auch den Gewinneinkommen (Einkommen von Selbstständigen und

aus Gewinnen) mögen die Konsumausgaben je Haushalt absolut gesehen höher sein, allerdings fließt anteilmäßig weniger über den Konsum zurück in den realwirtschaftlichen Kreislauf. Zudem machen die Gewinneinkommen nur rund ein Drittel des verfügbaren Gesamteinkommens aller privaten Haushalte aus, die Masseneinkommen hingegen zwei Drittel. Heiner Flassbeck, ehemaliger Chefvolkswirt der UNCTAD, stellt deshalb fest, dass das Gewicht der Masseneinkommen am privaten Verbrauch letztlich so hoch ist, dass eine schwache Entwicklung derselben durch noch so ausgeprägte Gewinnsteigerungen nicht ausgeglichen wird.³

In Stagnation verfallen

Weil aber der private Verbrauch nach wie vor selbst in exportorientierten Volkswirtschaften wie Deutschland (und Österreich) die größte Nachfragekomponente des Bruttoinlandsproduktes darstellt, haben stagnierende Realeinkommen bzw. Umverteilungen von den Massen- zu den Gewinneinkommen einen unmittelbaren, bremsenden Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum.⁴ Bedauerlicherweise halten sich auch die Unternehmen nicht an die neoliberale Theorie, der zufolge sie mehr investieren sollten, wenn man sie von Abgaben und Steuern entlastet. Sie scheinen weiterhin der alten unternehmerischen Logik zu folgen, dass man nur dann investiert, wenn auch eine Chance besteht, die aus den Investitionen resultierenden Produkte am Markt zu verkaufen. Bei einem stagnierenden privaten Konsum sind diese Chancen offenbar nicht vielversprechend genug – die nicht nur in Österreich sinkende Investitionsquote spricht für diese Vermutung. Dass die nicht in realwirtschaftliche Aktivitäten reinvestierten Gewinne dann auf den aufgeblähten Finanzmärkten spekulativ angelegt werden, dürfte nur diejenigen freuen, die unsinnigerweise immer noch daran glauben, mit Transaktionen am

Finanzmarkt ließe sich Wertschöpfung realisieren und wirtschaftliches Wachstum erzeugen. Bedauerlicherweise glauben das immer noch zu viele studierte WirtschaftlerInnen.

Eine Volkswirtschaft mit einem solchen „Geschäftsmodell“ läuft Gefahr, in Stagnation zu verfallen – es sei denn, sie findet jemanden, der die infolge der mäßigen Binnennachfrage nicht absetzbaren Waren doch kauft. Die USA meinten, den Stein des Weisen gefunden zu haben, indem sie schon unter Bill Clinton die Bedingungen für die Kreditvergabe lockerten. Dies sollte die lahrende private Nachfrage stimulieren und machte es beispielsweise möglich, dass Menschen sich Immobilien kauften, die sie sich eigentlich nicht leisten konnten. Das Ergebnis dieser Methode ist bekannt: 2008 platzte die daraus entstandene Immobilienblase und löste die globale Finanzkrise aus.⁵

(Verteilungs-)Probleme internationalisiert

Länder wie Deutschland und Österreich haben einen anderen Weg gewählt, ihre Volkswirtschaft vor dem „Versandeln“ zu bewahren:⁶ Sie haben ihre (Verteilungs-)Probleme quasi internationalisiert. Vor allem Deutschland, aber eben auch Österreich, sind seit Jahren die Länder der EU mit einem beständigen Überschuss in der Leistungsbilanz.⁷ Wir erwirtschaften mehr als wir selbst mit unserer Kaufkraft verbrauchen können und exportieren das Mehr ins Ausland, vor allem in die Eurozone. Weil wir mit unserer schwachen Binnennachfrage unter (nicht über!) unseren Verhältnissen leben, können wir unseren Handelspartnern im Gegenzug nicht so viele Waren abkaufen, wie es unseren Exporten entspräche. Nach allen Regeln der Ökonomie steht einem Überschuss aber immer ein Defizit gegenüber. Dieses Defizit entsteht z.B. bei unseren Handelspartnern in der Eurozone, die sich als Folge der

Währungsunion auch nicht mehr durch eine Abwertung ihrer Währungen gegen ein derartiges Handelsungleichgewicht wehren können, wie es Ländern mit einer eigenen Währung als letztes Mittel möglich wäre. Früher war dies auch zwischen den Ländern der heutigen Eurozone ein legitimes und übliches Mittel, verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. In einer Währungsunion geht das nicht mehr. Wenn Deutschland und Österreich also so stolz auf ihre „Wettbewerbsfähigkeit“ sind, verschweigen sie dabei gerne, dass diese einer der wesentlichen Mitverursacher der derzeitigen Eurokrise ist. Darauf weist ja neuerdings sogar die EU-Kommission hin – wenn auch sehr dezent. Sehr viel deutlicher formulierte das der deutsche Ex-Kanzler Helmut Schmidt (SPD): „Alle unsere Überschüsse sind in Wirklichkeit die Defizite der anderen. (...) Es handelt sich um eine ärgerliche Verletzung des einstmals von uns zum gesetzlichen Ideal erhobenen außenwirtschaftlichen Gleichgewichts.“⁴⁸

Wettbewerbsfähigkeit

Nun ist unsere gepriesene Wettbewerbsfähigkeit nicht etwa – wie es so gerne erzählt wird – ein Ergebnis davon, dass wir so viel arbeiten oder so innovativ wären und die anderen so faul und unproduktiv. Das deutsche Produktivitätswachstum betrug im vergangenen Jahrzehnt selbst im EU-Vergleich nur durchschnittliche 1,2 % pro Jahr, Österreich pendelte wie üblich um die deutschen Werte herum. Die eigentliche Ursache für die deutschen und österreichischen Wettbewerbsvorteile ist in der Lohnzurückhaltung zu suchen: Im genannten Zeitraum stiegen die deutschen Reallöhne mit im Jahresdurchschnitt 0,7 % deutlich unter dem Produktivitätswachstum. Auch diesbezüglich pendelte Österreich wieder um die deutschen Werte. Vor allem deshalb sind unsere Waren und Dienstleistungen so billig und im Ausland so gut zu verkaufen. Unbestritten spielten dieser Entwicklung auch Länder wie Italien, Spanien und Portugal in die Hände. Dort stiegen die Reallöhne deutlich stärker als die Produktivität, sie lebten folglich in der Tat über ihren Verhältnissen.⁴⁹ Nur: Hätten sie sich vernünftiger verhalten, hätten sie unsere Überschüsse nicht kaufen können und wir stünden heute nicht als die wirtschaftlichen Zerberuse da. Es ist deshalb völlig absurd, in der derzeitigen Eurokrise einseitige Schuldzuweisungen an die sogenannten „Schuldenländer“ zu verteilen. Das Ergebnis dieser Fehlentwicklung ist jedenfalls eindeutig: Ein Pro-

dukt, das bei der Einführung des Euro in allen Ländern der Eurozone € 100 gekostet hat, kostete 10 Jahre später in Deutschland € 105, in Frankreich € 125 und in Spanien € 135. Österreich dürfte irgendwo etwas höher als Deutschland liegen. Wer kauft da noch in Frankreich oder Spanien? Und vor allem: Wie sollen die „Defizitländer“ diese großen „Wettbewerbsunterschiede“ jemals ausgleichen, wenn die Profiteure der Entwicklung nicht Abstriche an ihrer „Wettbewerbsfähigkeit“ machen, die Voraussetzungen für eine stärkere Binnennachfrage schaffen und über einen längeren Zeitraum mehr aus diesen Ländern einführen, als sie dahin exportieren? Und wie sollen die „Defizitländer“ ohne das ihre Schulden zurückzahlen, die de facto unsere Gewinne waren und sind?

Verschiedene Seiten der gleichen Medaille

Weil es nicht unser eigentliches Thema ist, erspare ich mir weitere Ausführungen dazu, wie gefährlich diese von Deutschland und Österreich betriebene Wirtschaftspolitik für den Zusammenhalt der Eurozone und damit für unsere eigene wirtschaftliche Zukunft ist und verweise diesbezüglich auf den Vortrag von Heiner Flassbeck auf dem österreichischen Stadtevent 2012 in Dornbirn.⁵⁰ Für unseren Zusammenhang erscheint es mir allerdings wichtig, dass die Verschlechterung der Lebenssituation der unteren bis mittleren EinkommensbezieherInnen bzw. die hohe Armutsgefährdung in Österreich sowie die Eurokrise lediglich verschiedene Seiten der gleichen Medaille sind: das Ergebnis von Verteilungsungleichheiten – ob man das nun soziale Ungerechtigkeit nennt oder irgendwie anders, spielt keine Rolle. Es ist in den letzten 30 Jahren eine erhebliche Unwucht in die Verteilung von Einkommen und Vermögen geraten, die der Markt allein eben nicht richtet und die das Funktionieren der Marktwirtschaft erheblich beeinträchtigt.

Wir werden nicht nur aus sozialpolitischen Erwägungen, sondern auch um die Eurozone nicht an ihren Handelsungleichgewichten scheitern zu lassen (was für Österreich katastrophale Folgen hätte), die Kaufkraft vor allem der unteren Einkommenschichten steigern müssen. Darin eingeschlossen sind jene, für die wir derzeit keine Beschäftigung haben. Wir brauchen Mindestlöhne, langfristige Reallohnsteigerungen über dem Produktivitätswachstum sowie existenzsichernde Transferleistungen und Pensionen. Wir brauchen drin-

gend eine Rückbesinnung auf realwirtschaftliche Aktivitäten und einen Rückbau der völlig aufgeblähten Finanzwirtschaft, die in ihrer heutigen Form gesellschaftlich und volkswirtschaftlich schlicht überflüssig ist. Wir brauchen auch ein Überdenken unserer hohen Exportabhängigkeit, die unsere lohn- und sozialpolitische Handlungsfähigkeit einschränkt. Und letztlich wird es auch nicht ohne eine höhere Abgabenbelastung für diejenigen gehen, die von dem Experiment der letzten 30 Jahre profitiert haben und deren Vermögen durch Steuerelder bzw. eine gewaltige Steigerung der Staatsverschuldung 2008 gerettet wurden. Dabei wird es mit der von der SPÖ vorgeschlagenen „Millionärsabgabe“ nicht getan sein. *Michael Diettrich*

¹ Berechnung nach: BMASK, Sozialbericht 2011-2012, S. 216

² Ebenda, S. 217 und 219. Die Angaben beziehen sich auf die unbereinigte Lohnquote.

³ Heiner Flassbeck u.a., Irrweg Grundeinkommen, Frankfurt/Main 2012, S. 100 ff. Bezeichnenderweise hat Flassbeck die Problematik schon lange vor dem Finanzcrash im Jahr 2008 beschrieben, z.B. in dem mit R. Maier-Rigaud 2003 verfassten Beitrag im Wirtschaftsdienst (Heft 3), Auf der schiefen Bahn – Die deutsche Lohnpolitik verschärft die Krise.

⁴ Natürlich könnte man dem durch stagnierende Reallöhne bewirkten Kaufkraftverlust auch durch eine Erhöhung staatlicher Sozialleistungen oder durch Senkung der Steuern auf untere bis mittlere Einkommen entgegenwirken (Stichwort: Senkung der Eingangssteuersätze). Allerdings müsste in beiden Fällen auch die Frage beantwortet werden, wie man das finanzieren will, ohne hohe Einkommen, Gewinne und Vermögen entsprechend höher zu belasten.

⁵ Nur wenige haben damals mitbekommen, dass in den USA neben der Immobilienblase beinahe auch eine Kreditkartenblase geplatzt wäre – was uns glücklicherweise gerade noch erspart geblieben ist.

⁶ Wobei man fairerweise sagen muss, dass Österreich auf Grund der innigen wirtschaftlichen Verbindungen (und Abhängigkeiten) mit Deutschland auch nicht viel anderes übrig blieb, als dem deutschen Weg zu folgen.

⁷ Leistungsbilanz: Verhältnis der exportierten zu den importierten Waren und Dienstleistungen (darunter bspw. auch touristische Dienstleistungen)

⁸ zit. nach Lorenz Gallmetzer, Helmut Schmidt und der „lachsfarbene Neoliberalismus“, in: DER STANDARD vom 10./11.12.2011

⁹ Bezeichnenderweise war es gerade das heute als „kranker Mann“ der Eurozone bezeichnete Frankreich, das sich volkswirtschaftlich angemessen verhalten hat und bspw. als einziges Land die im Maastricht-Vertrag vereinbarte durchschnittliche Inflationsrate von knapp unter 2 % eingehalten hat, während Deutschland deutlich, Österreich weniger deutlich darunter lag.

¹⁰ Nachzuhören auf der Homepage des Städtetags <http://www.staedtebund.gv.at/staedtetag/staedtetag-2012/videos.html>